Nr. 354
B 175

Abend-Ausgabe

Berlin

Sonnabend, 28. Juli 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3065 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3689. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Hoesch interveniert bei Berthelot

Der Landauer Zwischenfall

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 28. Juli

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoesch, hatte heute mittag in Abwesenheit des französischen Außenministers Briand eine Unterredung mit dem Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes, Berthelot, über den Landauer Flaggenzwischenfall und seine Folgen. Die Unterhaltung führte zu der erneuerlichen Feststellung, daß auf beiden Seiten der lebhafte und aufrichtige Wunsch besteht, die Angelegenheit im Geiste gegenseitigen Entgegenkommens aus der Welt zu schaffen. Man darf demnach hoffen, daß die leidige Affäre und die durch das Auslieferungsbegehren geschaffenen Komplikationen eine prompte Erledigung erfahren werden.

✱ **Paris**, 28. Juli

Die Einmütigkeit, mit der die gesamte deutsche Oeffentlichkeit das französische Auslieferungsbegehren abgelehnt hat und besonders die Feststellung, daß es wahrscheinlich Stresemann unmöglich sein werde, zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris zu kommen, wenn bis dahin nicht der Zwischenfall befriedigend beigelegt ist, haben in Paris ihren Eindruck nicht verfehlt. „Petit Parisien" gibt heute der Hoffnung Ausdruck, daß es schon in den zurzeit schwebenden Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete und dem französischen Oberkommissar Tirard gelingen werde, zu einer Verständigung zu kommen.

Auch die betonte Sachlichkeit, mit der der „Matin" den Zwischenfall behandelt, indem er erklärt, gerade jetzt müsse Stresemann nach Paris kommen, weil er in persönlicher Aussprache mit Poincaré und Briand die ganze Angelegenheit leicht regeln könne, zeigt, daß man in Paris die Ungeschicklichkeit der Rheinlandkommission ernster nimmt, als man es der französischen Oeffentlichkeit gegenüber wahr haben will.

Auf die deutsche Feststellung, daß der ganze Zwischenfall einen neuen Beweis für die Notwendigkeit einer baldigen Liquidierung der Besatzungsfrage bilde, antwortet das „Oeuvre" mit dem Hinweis, daß zur Unterzeichnung des Friedenspaktes zu Kellogg anwesend sein werde und mit ihm am besten das ganze Rheinlandproblem besprochen werden könne, weil etwaige finanzielle Gegenleistungen für eine baldige Räumung nur mit der Unterstützung Amerikas möglich seien.

Im übrigen ist heute in der Pariser Presse ein neues Aufflammen der Diskussion über die Anschlußfrage festzustellen. Hier sei zunächst ein außerordentlich wohlwollendes Beurteilungszeugnis für Deutschland erwähnt, das ausgerechnet das nationalistische „Echo de Paris" ausstellt. Nach dem Kriege, schreibt das Blatt, habe Deutschland Frankreich die Verständigung vorgeschlagen, die aber immer rundweg abgelehnt worden sei. Heute aber habe das republikanische Deutschland aus freien Stücken die neue französische Grenze anerkannt, und es schließe sich nun auch der feierlichen Verurteilung jedes Krieges im Kellogg-Pakt an. Die Politik Stresemanns sei deutlich auf die Versöhnung mit Frankreich gerichtet, wenn man dabei auch nicht vergessen dürfe, daß dies aus egoistischen Gründen geschehe, Deutschland wolle die Rheinlandräumung erreichen. Die Differenzen zwischen Paris und Berlin seien trotz allem noch sehr groß, wie dies gerade wieder in der Anschlußfrage zutage trete.

Der Anschluß nun, erklärt die sonst sehr versöhnungsfreudige „Volonté", sei zwar moralisch berechtigt. Es könne nicht geleugnet werden, daß man das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt habe, als man diesen im Friedensvertrag verbot. Politisch aber sei der Anschluß eine schwere Gefahr, denn er störe das europäische Gleichgewicht, stelle die gleiche Situation wie 1914 wieder her, die doch zum Krieg geführt habe, und verhindere die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa. Er sei deshalb unbedingt als gefährlich abzulehnen.

Die radikale „Ere Nouvelle" erklärt, Deutschland zeige einen allzu großen Appetit. Es gehe nicht an, daß die Friedensfreunde dem hungrigen deutschen Gargantua jeden Tag ein immer neues, immer größeres Stück vorlegten: Heute die Rheinlandräumung, morgen den Anschluß, übermorgen den Danziger Korridor und Oberschlesien, und sicherlich würde Deutschlands Appetit beim Essen wachsen, so daß es schließlich den Frieden selbst verschlingen werde.

Der „Quotidien" gar verfällt in einen solchen Ton, wie er sonst nur bei den nationalistischen Hetzblättern üblich ist. Der Reichstagspräsident Löbe habe nicht das moralische Recht, erklärt das Blatt, den Anschluß zu verlangen. Die Anschlußpropaganda sei nichts anderes als niedrige Demagogie und hinterhältige Drohung, um die Revision der Verträge durchzudrücken. Der Anschluß sei die schlimmste Gefahr für den Frieden. Löbe mache sich schuldig, in der leichtsinnigsten Weise mit dem Feuer zu spielen.

Kroatisches Gegenparlament in Agram?

Die Antwort an Belgrad

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Agram**, 28. Juli

Wie das Agramer „Interni List" erfährt, hat die Partei der selbständigen Demokraten, die mit der Raditsch-Partei verbunden ist, ihre parlamentarische Fraktion in Belgrad liquidiert. Alle Abgeordneten der Partei werden nach Agram zurückkehren. Auch Pritisichewitsch dürfte dieser Tage nach Agram kommen, um sich über die weitere Tätigkeit der kroatischen Parteien gegenüber der neuen Regierung zu verständigen.

Wie das Blatt weiter meldet, soll am gleichen Tage, für den die Sitzung der Skupschtina in Belgrad einberufen ist, in Agram eine Sitzung der Abgeordneten der bäuerlich-demokratischen Koalition stattfinden, und zwar im Sitzungssaale des einstigen kroatischen Landtages.

Das Blatt berichtet weiter, daß die Regierung beschlossen habe, schon für den kommenden Montag oder Dienstag die Skupschtina zu einer Sitzung zusammenzurufen. Diese Session wird aber nur einen oder zwei Tage dauern und hauptsächlich die Auslieferung des Attentäters in der Skupschtina, Raktisch, und eventuell auch der anderen Abgeordneten, deren Auslieferung von den Gerichten gefordert wird, beschließen. Darauf würde sich das Parlament auf einen Monat vertagen.

Ueber den Gesundheitszustand Stephan Raditschs, dessen Verschlechterung in Agram und der kroatischen Provinz begreifliche Besorgnis hervorruft, wurde gestern abend ein Bulletin ausgegeben: Temperatur 37,6, Puls 120, subjektives Allgemeinbefinden besser. Im allgemeinen war der Zustand des Patienten gestern abend gut, dennoch werden auch weiterhin Besuche von ihm ferngehalten.

Am 27. Juli ist der Termin für die Verlängerung oder Kündigung des Freundschaftsvertrages zwischen Südslawien und Italien abgelaufen. Wie die Blätter melden, ist zwischen der südslawischen und italienischen Regierung über diesen Vertrag ein stillschweigendes Einvernehmen erzielt worden, demzufolge man über die Frist der Kündigung stillschweigend hinweggeht wegen der innerpolitischen Schwierigkeiten in Südslawien. Man wird die Frage nicht nach den Bestimmungen des Vertrages behandeln, sondern sich vielmehr auf den Standpunkt stellen, als ob stillschweigend die Verlängerung beschlossen wäre. Dies würde dann automatisch die Verlängerung des Freundschaftsvertrages bedeuten. In einem günstigeren Augenblick soll dann die ganze Angelegenheit neuerdings einer eingehenden Aussprache zwischen Südslawien und Italien unterzogen werden.

Die Verschiebung im Fernen Osten

England will Zeit gewinnen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 28. Juli

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post" stellt fest, daß für England keine Veranlassung bestehe, vor den Spätherbst zu der Umwälzung in China Stellung zu nehmen. England werde den Verlauf der zusammentretenden Nationalversammlung abwarten und erst die Wahl der Regierung von dieser Nationalversammlung vornehmen lassen, bevor es sich auf Verhandlungen einließe.

In England ist man neuerdings außerordentlich beunruhigt über die durch Amerika herbeigeführte Verschiebung des ostasiatischen Gleichgewichts. Die energische chinafreundliche Einstellung der Vereinigten Staaten stellt England vor die unangenehme Alternative, entweder in seinem neuen Gibraltar Schanghai moralisch und politisch isoliert zu werden oder sich für den Anschluß an die amerikanische oder japanische Politik entscheiden zu müssen. Die japanische Politik der eisernen Faust sagt der gegenwärtigen konservativen Regierung nicht zu, weil sie schon aus finanzpolitischen Gründen eine Erweiterung der Schanghai-Expedition nicht ins Auge fassen möchte. Außerdem kommt in Frage, daß Baldwin und Chamberlain stark damit rechnen müssen, daß sie in spätestens acht Monaten nicht mehr Herr der englischen Politik sein werden. Ein Kabinett, das sich auf Liberale und Arbeiterpartei stützen muß, würde aber sofort eine imperialistische Gewaltpolitik in Ostasien zusammen mit Japan abbauen und hinter Amerika einschwenken müssen. Aus wahltaktischen Erwägungen würden die Konservativen also an sich theoretisch gern vorher mit den Amerikanern gemeinsame Sache machen, um Anklagen der Opposition gegen die Chinapolitik der Regierung den Boden zu entziehen.

Die Schwierigkeit liegt jedoch im Problem Schanghai. Die Interessenten an einer Aufrechterhaltung der englischen Besatzung in Schanghai, der englische Großhandel in China und die englischen Ostasienbanken sind mächtige und zahlkräftige Parteigenossen. **Man sucht also in englischen Regierungskreisen nach einer Formel, die die Aufrechterhaltung der Besatzung Schanghais mit einer versöhnlichen Chinapolitik in Einklang zu bringen vermag.** Das gegenwärtige Kabinett würde es vorziehen, wenn die Räumung Schanghais erst von der nächsten englischen Regierung vorgenommen wird. Schließt sich England aber jetzt der amerikanischen Chinapolitik an, so wird sofort von chinesischer Seite die Frage der Räumung Schanghais aufgeworfen werden, wobei die neue Nationalregierung mindestens auf die moralische Unterstützung der Amerikaner rechnen kann.

Um diesen Schwierigkeiten auszuweichen, spricht die englische Presse fortgesetzt von einer Karenzzeit, die die Nationalregierung durchmachen muß, bevor man sie als eine „aktionsfähige und stabile Regierung" im westeuropäischen Sinne anerkennen könne. Man weiß dabei in England sehr wohl, daß kein Faktor für die Stabilität und Aktionsfähigkeit der chinesischen Regierung wichtiger ist, als die Anerkennung durch möglichst viel Großmächte, weil die neue Regierung erst durch eine möglichst allseitige Anerkennung kreditfähig wird. Nur eine kreditfähige Regierung hat in der gegenwärtigen verworrenen Lage Chinas Aussicht, sich dem ganzen Lande gegenüber Anerkennung zu verschaffen.

Kellogg zur Pariser Konferenz

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

rj **New York**, 28. Juli

Staatssekretär Kellogg bereitet den europäischen Erwartungen, daß die Paktkonferenz zu den politischen Reibungspunkten in Europa Stellung nehmen werde, ein rasches Ende. Er betonte der Presse gegenüber unzweideutig, daß die Rheinlandbesetzung ein europäisches Problem darstelle und die Frage der Kriegsschulden und der Reparation Themen seien, die außerhalb jeder formalen Diskussion des Friedenspaktes stünden. Jede Durchbrechung der amerikanischen Isolierungspolitik seitens Kelloggs würde seinen Parteigegnern in Amerika eine willkommene Handhabe bieten, die Ratifizierung des Paktes zu hintertreiben und den Bemühungen des Staatssekretärs um den Pakt unweigerlich ein Ende bereiten.

Manövergas gegen Zivilisten

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 28. Juli

In der englischen Armee werden gelegentlich bei größeren Truppenübungen sogenannte Tränengase verwendet, um die Truppe an die Verwendung von Giftgasen zu gewöhnen. Bei einer derartigen Gasübung westlich von London schlug plötz-